wA8 Koloniale Vergangenheit erinnern – Verantwortung übernehmen: Kolonialismus als Teil der niedersächsischen Erinnerungspolitik verankern

Antragsteller*in:	Lena Nzume (KV Oldenburg-Stadt)
Tagesordnungspunkt:	6. Weitere Anträge

Antragstext

Die Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:

1. Ausgangslage

Am 25. März 2026 – dem Internationalen Tag zum Gedenken an die Opfer der Sklaverei und des transatlantischen Sklavenhandels – hat die Generalversammlung der Vereinten Nationen auf Antrag Ghanas mit 123 Ja-Stimmen eine historische Resolution verabschiedet. Darin wird der transatlantische Sklavenhandel als schwerstes Verbrechen gegen die Menschlichkeit eingestuft. Die Resolution verurteilt Sklaverei, Kolonialismus und Rassismus als systemisches Unrecht, das bis heute fortwirkt, und ruft alle Mitgliedsstaaten zu Anerkennung, Entschuldigung und Wiedergutmachung auf.

Deutschland hat sich enthalten – gemeinsam mit allen 27 EU-Mitgliedsstaaten. Diese Enthaltung ist keine neutrale Position. Sie ist eine erinnerungspolitische Entscheidung: die Verweigerung einer klaren Haltung zur eigenen Kolonialgeschichte.

Gleichzeitig läuft seit Januar 2025 die Zweite Internationale Dekade der Vereinten Nationen für Menschen afrikanischer Herkunft (2025–2034). Sie verpflichtet alle Mitgliedsstaaten, strukturelle Ursachen von Diskriminierung und anti-Schwarzen Rassismus gemeinsam mit afrodiasporischen Communitys und der Zivilgesellschaft systematisch und verbindlich anzugehen.

Den deutschen Kolonialismus aufzuarbeiten bedeutet nicht, den Holocaust zu relativieren. Es bedeutet, beide Dimensionen historischer Verantwortung gleichzeitig anzuerkennen. Erinnerung ist kein Wettbewerb – sie ist ein Gebot der historischen Ehrlichkeit und der Gerechtigkeit gegenüber den Betroffenen. Historische Forschung hat längst die Verbindungen und Schnittmengen zwischen der Geschichte des Kolonialismus und der Geschichte des Nationalsozialismus herausgearbeitet.

2. Niedersachsens koloniale Geschichte ist keine ferne Vergangenheit

Straßennamen, Museen, Denkmäler – die Spuren des Kolonialismus sind in Niedersachsen allgegenwärtig, doch oft bleibt der geschichtliche Zusammenhang unsichtbar. Die Erinnerung an den deutschen Kolonialismus ist in Niedersachsen noch immer nicht fest in der Erinnerungskultur verankert. Dabei ist Kolonialgeschichte auch niedersächsische Landesgeschichte.

- Niedersächsische Soldaten beteiligten sich am Krieg gegen die Herero und Nama in Deutsch-Südwestafrika – dem ersten Völkermord des 20. Jahrhunderts.

- Völkerschauen, etwa im Zoo Hannover oder Oldenburg, zeigten Menschen aus Kolonialgebieten und transportierten rassistische Stereotype, indem die

Ausgestellten als „minder-ziviliisert“ und „minderwertig“ herabgewürdigt wurden. Allein im Zoo Hannover wurden 14 Völkerschauen auf dem Gelände des Zoos Hannover durchgeführt.

- Niedersächsische Unternehmen wie Bahlsen und Continental profitierten von Rohstoffen aus Kolonialgebieten.

- Niedersächsische Seehäfen spielten während der deutschen Kolonialzeit eine wichtige Rolle als Umschlagplätze für Importe aus den Kolonien und als Infrastrukturknotenpunkte. Wilhelmshaven diente als Hauptmarinestützpunkt der Kaiserlichen Marine und war direkt mit der Sicherung kolonialer Interessen und der Durchsetzung der kolonialen Herrschaft verbunden. Der Hafen Emden diente als Umschlagplatz für Kolonialwaren und war in Handelsnetze eingebunden.

- Niedersächsische Museen verwahren umfangreiche Sammlungen aus kolonialen Kontexten, deren Provenienz noch immer nicht vollständig erforscht ist.

- In vielen Niedersächsischen Städten werden Kolonialverbrecher wie Carl Peters durch Straßennamen und Denkmäler geehrt, von denen einige erst nach langen zivilgesellschaftlichen Auseinandersetzungen umbenannt wurden.

Gleichzeitig lassen sich Spuren des kolonialen Widerstandes sowie Zeugnisse von Schwarzen Deutschen und ihren Lebensgeschichten in Niedersachsen finden. Umso wichtiger sind die vielen dekolonialen und postkolonialen Initiativen und Organisationen, die sich dafür einsetzen, die koloniale Geschichte Niedersachsens sichtbar zu machen. Diese Ansätze wollen wir Grüne gezielt stärken.

Der Landesverband Niedersachsen fordert deshalb das Land Niedersachsen und die Grüne Landtagsfraktion auf, den deutschen Kolonialismus als Teil der niedersächsischen Erinnerungspolitik zu verankern und die genannten Forderungen (parlamentarisch) umzusetzen:

A) Die Erweiterung der Erinnerungspolitik und Konzeption für die Aufarbeitung des kolonialen Erbes in Niedersachsen zu entwickeln

1. Die Landesregierung aufzufordern, eine eigenständige Konzeption für die Aufarbeitung des kolonialen Erbes in Niedersachsen zu entwickeln. Diese soll Niedersachsens Verflechtungen mit der deutschen Kolonialgeschichte sichtbar machen, die daraus resultierende historische Verantwortung benennen. Ziel ist es, einen Prozess anzustoßen, der gemeinsam mit Wissenschaft, Zivilgesellschaft und afrodiasporischen Communitys einen Rahmen für die niedersächsische Erinnerungskultur weiterentwickelt, in dem die deutsche koloniale Vergangenheit als eigenständiger Schwerpunkt verankert wird.

B) Erinnerungsorte zur deutschen und niedersächsischen Kolonialgeschichte zu identifizieren und zu fördern

2. Sich dafür einzusetzen, dass das Land Niedersachsen eine plurale und diversifizierte Erinnerungspolitik aufbaut, dazu gehört die dauerhafte, sichtbare Lern- und Erinnerungsorte zur deutschen und niedersächsischen

Kolonialgeschichte zu fördern – an Standorten mit historischem Bezug, von öffentlicher Bedeutung, entwickelt gemeinsam mit betroffenen Communitys.

3. Historische Orte, Bezüge und Verbindungen zur Kolonialgeschichte in Niedersachsen systematisch zu erfassen und öffentlich zugänglich zu machen.

4. Die Provenienzforschung in Museen und ethnologischen Sammlungen Niedersachsens auszubauen und das PAESE-Verbundprojekt dauerhaft zu fördern. Gemeinsame Forschungsprojekte mit postmigrantischen Initiativenund Expert*innen aus den Herkunftsländern sind zu fördern. Objekte und menschliche Überreste aus kolonialen Kontexten sind mit dem Ziel der Rückgabe zu erforschen.

5. Einführung eines strukturierten Prozesses zur Umbenennung kolonial geprägter Straßennamen und Gedenkorte.

C) Forschung, Bildung und Wissenschaft zum deutschen Kolonialismus zu stärken

6. Das Wissen über den deutschen Kolonialismus, seine Verbrechen und seine Kontinuitäten bis heute verbindlich in allen Lehrplänen und Schulmedien zu verankern – von Kunst bis Naturwissenschaften, insbesondere als Querschnittsthema in Geschichte, Politik und Gesellschaftslehre. Didaktische Materialien sind gemeinsam mit afrodiasporischen Communitys zu entwickeln.

7. Die Kooperation mit zivilgesellschaftlichen Organisationen, aktivistischen Gruppen und wissenschaftlichen Einrichtungen auszubauen.

8. Verankerung von kolonialkritischen und rassismuskritischen Perspektiven in der Aus- und Fortbildung von Lehrkräften. Sowie Stärkung der politischen Bildung, insbesondere zu Themen wie Rassismus, Kolonialismus und demokratischer Teilhabe – auch für Erwachsene.

9. Einen Förderfonds für zivilgesellschaftliche Projekte zu einer (selbst)kritischen und dekolonisierenden Erinnerungskultur einzurichten – mit dauerhafter, struktureller Finanzierung statt projektbasierter Einzelförderung.

D) Eine Bundesratsinitiative anzustrengen, mit der die Bundesebene aufgefordert wird, die Deutsche Kolonialgeschichte aufzuarbeiten und Verantwortung zu übernehmen

10. Im Bundesrat eine Initiative einzubringen, mit der Niedersachsen die Bundesregierung auffordert, die UN-Resolution vom 25. März 2026 inhaltlich anzuerkennen, die Zweite UN-Dekade für Menschen afrikanischer Herkunft (2025–2034) mit einer verbindlichen Bundesstrategie umzusetzen und die historische Verantwortung Deutschlands aus der Kolonialzeit offiziell anzuerkennen.

11. Globale und internationale Kontexte einzubeziehen, eurozentrische Perspektiven zu überwinden und Kooperationen mit Expert*innen aus dem Globalen Süden zu fördern.

Begründung

Dieser Antrag knüpft an den LDK-Beschluss von Osterholz-Scharmbeck (Mai 2019) an und aktualisiert ihn um den internationalen Rahmen der UN-Resolution vom 25. März 2026 sowie der Zweiten UN-Dekade für Menschen afrikanischer Herkunft (2025 – 2034). Die Kernforderungen von 2019 haben an Aktualität nichts verloren – im Gegenteil: Die globale Gemeinschaft hat nun klar gesprochen.

Der Koalitionsvertrag der rot-grünen Landesregierung 2022-2927 erkennt die Bedeutung der Aufarbeitung des kolonialen Erbes an. Er fordert die Verbindung von Provenienzforschung und Bildungsarbeit, die Reform von Schulmaterialien und Lehrplänen sowie eine stärkere Zusammenarbeit mit zivilgesellschaftlichen Akteur*innen. Diese Zielsetzungen müssen durch konkrete Maßnahmen realisiert werden. Es ist Zeit, dass Niedersachsen handelt.

Eine lebendige, mehrdimensionale und zukunftsgerichtete Erinnerungskultur ist für das demokratische Bewusstsein von entscheidender Bedeutung. Sie muss aktuelle gesellschaftliche und wissenschaftliche Diskurse aufgreifen. Dazu gehört, Verbrechen gegen die Menschlichkeit diversitätsorientiert und multiperspektivisch einzubeziehen. Angesichts wachsender rechtsextremer Tendenzen ist es besonders wichtig, Erinnerungskultur widerstandsfähig zu gestalten – gegen Relativierung, Ausgrenzung und autoritäre Versuchungen. Die Kolonialzeit hat globale Machtverhältnisse, wirtschaftliche Ungleichheiten und ökologische Krisen nachhaltig geprägt. Die Folgen des Kolonialismus sind bis heute spürbar. Anti-Schwarzer Rassismus zeigt sich weiterhin strukturell – in Bildung, auf dem Arbeitsmarkt, im Alltag. Diese Kontinuitäten ernst zu nehmen heißt, Verantwortung zu übernehmen und konkrete Veränderungen einzuleiten. Um den heute existierenden strukturellen Rassismus zu verstehen und zu bekämpfen, müssen die historischen Wurzeln und Kontinuitäten bis in die Gegenwart thematisiert werden.

Über eine Million Menschen afrikanischer Herkunft leben in Deutschland. Dem Engagement vieler Historiker*innen, Bürgerinitiativen und Künstler*innen aus Europa und dem Globalen Süden, auch und vor allem aus der afrikanischen Diaspora, ist es zu verdanken, dass die koloniale Vergangenheit und deren Nachwirkungen zunehmend in den Fokus der öffentlichen Aufmerksamkeit gerückt werden. Diese Arbeit wollen wir Grüne gezielt stärken. Wir Grüne Niedersachsen stehen an ihrer Seite und fordern: Aufarbeitung mit betroffenen Communitys – nicht über sie. Zivilgesellschaftlichen Initiativen und der Wissenschaft setzen sich für eine plurale Erinnerungskultur ein. Die Wissenschaftliche Forschung hat zudem deutlich gemacht, dass Kolonialismus und Nationalsozialismus nicht isoliert betrachtet werden können. Es bestehen historische Verflechtungen und ideengeschichtliche Kontinuitäten, die eine gemeinsame Betrachtung sinnvoll machen. Eine Erinnerungskultur, die unterschiedliche Narrative miteinander ins Gespräch bringt, stärkt das historische Reflexionsvermögen und entspricht den Anforderungen einer pluralen, demokratischen Gesellschaft.

Niedersachsen hat die Chance, hier voranzugehen: mit einer klaren Strategie, einer gestärkten Erinnerungskultur und wirksamem Diskriminierungsschutz – für eine offene, gerechte und demokratische Gesellschaft.

Unterstützer*innen

Anja-Katharina Neukirch (KV Oldenburg-Stadt); Aiden-Prince Diaz Salazar (KV Rotenburg/Wümme); Djenabou Diallo Hartmann (KV Hannover); Marvin Jonas Laesecke (KV Oldenburg-Stadt); Amalien Meyer (KV Stade); Justin-Noel Stöhr (KV Göttingen); Inga Niehaus (KV Braunschweig); Julie Lüpkes (KV Oldenburg-Stadt); Simon Ruppel-Schwing (KV Oldenburg-Stadt); Matthias Lange (KV Oldenburg-Stadt); Johanna Roolfs (KV Oldenburg-Stadt); Susanne Menge (KV Oldenburg-Stadt); Gabriele Bunse (KV Oldenburg-Stadt); Markus Klatte-Schür (KV Oldenburg-Stadt); Jannik Lichtenfeld (LV Grüne Jugend NdS);

Dara Ali Bako (KV Oldenburg-Stadt); Elke Roskosch-Buntemeyer (KV Oldenburg-Stadt); Jannik Scherer (KV Göttingen); Ghalia El Boustami (KV Wolfenbüttel); Birgit Schlobohm (KV Oldenburg-Stadt); Elisabeth Özge (KV Delmenhorst); Alieda Halbersma (KV Delmenhorst); Torsten Schönebaum (KV Ammerland); Pia Sattler (KV Delmenhorst); Andrea Härtel (KV Oldenburg-Stadt); Iris Schilpp (KV Ammerland); Niklas Wolf (KV Lüneburg); Jörg Fleischer (KV Delmenhorst); Janna Voigt (KV Emden); Arne Lorenz Gellrich (KV Osterholz); Evrim Camuz (KV Hannover); Thomas Pfeiffer (KV Hannover); Klaudia Maria Hanisch (KV Göttingen); Peter Meiwald (KV Ammerland)